

Erläuterungen

I. Allgemeiner Teil ohne Wirkungsorientierter Folgenabschätzung

Eine Wirkungsorientierte Folgenabschätzung kann gemäß § 7 Abs. 2 VOWO 2017, LGBI. Nr. 152/2016, bei Regelungsvorhaben entfallen, insoweit sie ausschließlich redaktionelle Anpassungen oder eine gesetzlich vorgesehene Valorisierung von Beträgen beinhalten.

Das gegenständliche Regelungsvorhaben beinhaltet ausschließlich eine gesetzlich vorgesehene Neufestsetzung von Beträgen nach gesetzlich vorgegebenen Parametern, weshalb die Wirkungsorientierte Folgenabschätzung nicht durchgeführt wurde.

Anlass und Zweck, Problemdefinition:

Gemäß § 79 Abs. 2 Steiermärkisches Krankenanstaltengesetz 2012 (StKAG), LGBI. Nr. 111/2012 in der Fassung LGBI. Nr. 51/2016, sind der für die LKF-Gebühren zur Verrechnung gelangende Eurowert je LKF-Punkt, die Pflegegebühren der allgemeinen Gebührenklasse und die Zuschläge dazu in der Sonderklasse von der Landesregierung festzusetzen und im Landesgesetzblatt kundzumachen. Gemäß § 79 Abs. 3 StKAG sind für alle öffentlichen Krankenanstalten, die nicht Fondskrankenanstalten sind, und für jene Patientengruppen, die nicht über den Gesundheitsfonds Steiermark abgerechnet werden, Pflegegebühren der allgemeinen Gebührenklasse und die Zuschläge dazu in der Sonderklasse durch Verordnung festzusetzen und im Landesgesetzblatt kundzumachen. Dabei sind die Tarife für Pflegegebühren und Zuschläge dazu in der Sonderklasse auf 10 Cent zu runden.

Aufgrund des Ergebnisses der Verhandlungen zwischen der Stmk. Krankenanstalten GmbH und dem Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs bzw. der Privaten Krankenversicherung wurde von der Stmk. Krankenanstalten GmbH eine Anhebung der Zuschläge für die Sonderklasse um 1 % mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 2018 beantragt. Mit der vorliegenden Verordnung werden die Zuschläge nach den gesetzlich vorgegebenen Parametern mit Wirksamkeit ab 1. Jänner 2018 festgesetzt.

Ziel

Erhöhung der Einnahmen aus dem Titel der Zuschläge zu den Pflegegebühren der Allgemeinen Gebührenklasse in der Sonderklasse für Landeskrankenanstalten um 1 %.

Inhalt

Anhebung der Zuschläge zu den Pflegegebühren der Allgemeinen Gebührenklasse der Landeskrankenanstalten nach § 79 Abs. 3 StKAG mit Wirksamkeit ab 1. Jänner 2018.

Finanzielle Auswirkungen auf den Landeshaushalt und andere öffentliche Haushalte:

Die beabsichtigte Regelung hat voraussichtlich keine Auswirkungen.

Auswirkungen auf die Gleichstellung von Frauen und Männern und die gesellschaftliche Vielfalt:

Die beabsichtigte Regelung hat voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen.

Verhältnis zu den Rechtsvorschriften der Europäischen Union:

Die vorgesehenen Regelungen fallen nicht in den Anwendungsbereich des Rechts der Europäischen Union.

Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens:

Vor Erlassung der Verordnung ist gem. § 79 Abs. 3 StKAG den Ärztevertretungen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

II. Besonderer Teil

Zu Z 1 (§ 4):

Die Zuschläge zu den Pflegegebühren der Allgemeinen Gebührenklasse für die Sonderklasse in den Landeskrankenanstalten werden neu festgesetzt.

Zu Z 2 (§ 5a):

Das Inkrafttreten der Novellierung wird geregelt und mit 1. Jänner 2018 festgesetzt.